

„DEUTSCHLAND FAIR ÄNDERN“

Fortsetzung von Seite 1

Das Vorziehen der Steuerreform über neue Schulden werde jedoch nicht die Zustimmung der Union finden. Angela Merkel bekräftigte: „Neuverschuldung ist für uns kein Finanzierungskonzept“. Die CDU-Vorsitzende wieder-

kräftigte die Oppositionsführerin die Ablehnung der rot-grünen Vorschläge für eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Stattdessen werde die Union das „hessische Modell zur aktivierenden Sozialhilfe und Unterstützung des



Niedriglohnssektors“ als eigenen Gesetzentwurf in die Beratungen einbringen. Außerdem wird die Union die Initiative des Bundes der Vertriebenen für ein europäisches Zentrum für Vertreibung in Berlin unterstützen.

holte ihre Forderung nach betrieblichen Bündnissen für Arbeit abweichend von den geltenden Tarifverträgen. Hierzu habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Außerdem be-

Nichts spreche gegen ein europäisches Netz dieser Gedenkstätten, erklärte Angela Merkel. Dessen ungeachtet müsse Deutschland die Kraft für die Errichtung eines eigenen Zentrums aufbringen.

ARBEITSLOSIGKEIT 4.300.000 + 622.000 = SPD-Politik

3,5 Millionen Arbeitslose sollten es nach 4 Jahren Schröder sein, so hat er selbst versprochen. Heute hofft er, dass es im Winter nicht 5 Millionen sein werden. Schon jetzt wird aber um die Statistik gekämpft. Mehr als 4,3 Millionen Menschen sind derzeit arbeitslos - noch einmal fast 300.000 mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. 622.000 Erwerbstätige soll es jetzt weniger geben als im letzten Jahr, sie tauchen bei den Arbeitslosenzahlen nicht mehr auf. So die neue Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. Eine Korrektur der Zahlen, die der Bundesregierung ge-

Angst um ihre Zukunft haben, sind der Kanzler und sein Vize vor allem mit der eigenen Karriereplanung beschäftigt. Dass sie 2006 noch einmal antreten wollen, klingt für viele wie eine Drohung.

eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes. Dazu gehört auch die Einsicht, dass die Deutschen wieder mehr arbeiten müssen, damit die Arbeitskosten insgesamt sinken. Nur so werden in Deutschland mittelfristig wieder mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze entstehen. Zudem ist es dringend notwendig, anstelle des erstarrten Flächentarifs betriebliche Bündnisse zu erlauben. So wären die Betriebe jedenfalls in der Lage, die kurze Arbeitszeit effektiv zu nutzen. Die Koalition sollte endlich ihre starre Ablehnung gegenüber den Vorschlägen der Union zur Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme sowie zur Einführung eines Niedriglohnssektors aufgeben. (dr)



legen kommen dürfte. Noch schlimmer sieht es bei den Berufsanfängern aus. 113.000 Jugendliche suchen eine Lehrstelle - das sind fast doppelt so viele als noch vor einem Jahr. Doch Schröder und Fischer interessiert all das nicht. Während immer mehr Menschen in Deutschland

Denn seit Rot-Grün regiert, geht es nur noch bergab.

Schröder macht Politik allein für die Schlagzeilen. Wenn es um „Florida-Rolf“ und rund 1000 weitere Sozialhilfeempfänger im Ausland geht, hat die Bundesregierung sofort einen Gesetzesentwurf parat. Beim Schicksal von 4,3 Millionen Arbeitslosen, bewegt sich fünf Jahre lang nichts. Genau vor einem Jahr versprach Hartz, die Arbeitslosenzahl zu halbieren. Tatsächlich ist die Zahl seitdem noch einmal um 300.000 gestiegen.

Was wir vor allem brauchen, ist



DES KANZLERS BUNTE BILDER

Eine Kampagne der Hoffungslosigkeit. Kosten: über 2,5 Millionen Euro mit über 18.000 Großplakaten und etlichen Anzeigen. Schröder versucht Schröder zu verkaufen. Was die Menschen davon haben? Das gleiche, wie von einer Werbung für einen Last-Minute-Club-Urlaub in der Antarktis. (dr)

RENTENPOLITIK

Unanständig

„Das war ein Fehler“, sagte Schröder im Bundestag. Und er wiederholt es zweimal. „Ja“, Pause, „Ja, das war ein Fehler.“

wieder spielt er mit der Moral. Fünf Jahre sind verloren. Die Rentenexperten mögen errechnen, wieviel Milliarden insgesamt und wieviel Tausende Euro das jeden Einzelnen gekostet hat. Die CDU verweigert sich nicht und hat auch heute Konzepte vorgelegt. Aber - die Regierung ist gefordert, selbst mit Mumm und Moral



Gemeint ist die Rücknahme des die Rentenkosten dämpfenden „demographischen Faktors“ durch seine Regierung 1998. Die SPD hatte diesen Faktor als „unanständig“ im damaligen Wahlkampf gebrandmarkt. Wer beichtet, dem wird verziehen, hofft der Medien-Kanzler. Und

gegen die alten Verbündeten und heutigen Bremser in den Gewerkschaften und der Parteilinken anzugehen. Auch wenn es sie die Mehrheit kosten sollte. Es geht um die Menschen und das Land. Die Union wird dabei mittun. Alles andere wäre unanständig. (dr)

Rürup-Kommission dokumentiert:

ROT-GRÜN GESCHEITERT

Der Bericht der Rürup-Kommission ist ein Dokument des Scheiterns rot-grüner Rentenpolitik. Die vor zwei Jahren groß herausposaunte „Jahrhundert-reform“ des Rentensystems ist schon wieder Makulatur. Schröder hat stabile Beitragssätze versprochen - in Wahrheit sind sie stetig angestiegen. Die CDU akzeptiert die Annahmen zur demographischen Entwicklung im Rürup-Bericht. Sie zeigen dass der 1998 abgeschaffte und als „unanständig“ verteufelte demographische Faktor - unter neuem Namen - wieder eingeführt werden soll. Dieser wichtige Faktor wurde den Rentnern und dem Rentensystem vor fünf Jahren von Rot-Grün geklaut. Dagegen lenkt die Diskussion um die Rente mit 67 von den jetzt aktuellen Notwendigkeiten ab:

Wir brauchen frühere Bildungsabschlüsse und müssen endlich ernst machen mit der Verkürzung der Schul- und Studienabschlüsse. Zudem müssen die Anreize zur Frühverrentung umgehend beseitigt werden.

Einer Neufassung des Rentensystems ohne eine deutliche zusätzliche Berücksichtigung von Erziehungszeiten wird die CDU niemals zustimmen! Es muss endlich Schluss sein mit der Benachteiligung von Frauen, die in ihrer Biografie Kinder und Beruf unter einen Hut bringen!

Wenn wir die private Vorsorge stärken wollen, müssen wir auch mit der Riester-Bürokratie aufräumen. Die mittlerweile zurückgehenden Zahlen der Riester-Abschlüsse sprechen eine deutliche Sprache! Die Vorschläge der Rürup-Kommission sind noch kein Ersatz für Regierungs-

handeln. Die Bundesregierung muss jetzt erklären, welche Vorschläge sie tatsächlich umsetzen will. Es kann nicht sein, dass die Rentner und Beitragszahler in Deutschland weiter im Ungewissen gelassen werden.

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

- OBJEKTSCHUTZ
- REVIERKONTROLLE
- VERANSTALTUNGSDIENST
- ALARMZENTRALE
- ALARMVERFOLGUNG
- ARBEITSSICHERHEIT
- KURIERDIENST
- GLAS- UND GEBÄUDEREINIGUNG
- ERRICHTUNG VON SICHERUNGS- UND RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Dienstleistungsschutz GmbH
Stroosener Allee 25 10145 Berlin

Tel.: 0 30/29 33 94-0 Fax: 0 30/29 33 94-11